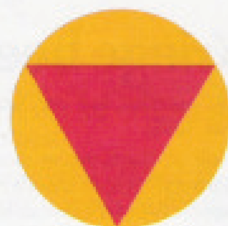
DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Mai 5/96

1. Mai 1946 – Für den Neuaufbau
1. Mai 1996 – Gegen Sozialabbau

1. Mai

Großkundgebung der Gewerkschaften

Für Demokratie und Völkerverständigung,
Frieden und Freiheit,
politische und soziale Gerechtigkeit

demonstriert am 1. Mai Bremens schaffende Bevölkerung

PROGRAMM DER VERANSTALTUNG

9.30 Uhr
Ansammlung der Teilnehmer am Wall beiderseits der Sögestraße

10.00 Uhr
Abmarsch der Teilnehmer durch den Herdentorsteinweg, Gustav-Deetjen-Tunnel, Gustav-Deetjen-Allee zum Garten des Parkhauses

10.30 Uhr
Aufstellung im Garten des Parkhauses - Vortrag des mitwirkenden Musikzuges
Gesangvortrag des Arbeiter-Gesangvereins Bremen
Ansprache des Vorsitzenden der Bremer Gewerkschaften, Oskar Schulze
Gesangvortrag des Arbeiter-Gesangvereins - Vortrag des Musikzuges
Ende gegen 12 Uhr

Heraus zur Massenveranstaltung

Die Freien Gewerkschaften Bremens

■ Der 1. Mai 1996 ist der fünfzigste 1. Mai nach 12 Jahren Faschismus und Krieg.

■ Am 1. Mai 1946 marschierten die Kolleginnen und Kollegen frei, ohne Befehl der Machthaber des Naziregimes für den Aufbau einer neuen Gesellschaft, die nicht der untergegangenen gleicht.

■ Am 1. Mai 1996 demonstrieren die Bremer Kolleginnen und Kollegen unter Druck des drohenden Konkurses der Vulkan-Werften.

■ Am 1. Mai 1946 saßen die Konzern- und Bankherren und ihre Nazischergen in den Internierungslagern der Antihitlerkoalition.

■ Am 1. Mai 1996 demonstrieren wir für die erkämpften wirtschaftlichen und sozialen Rechte, die uns die Enkel der Herren nehmen wollen, die 1946 interniert, untergetaucht oder später als Kriegs- und Wirtschaftsverbrecher verurteilt waren.

■ Am 1. Mai 1996 demonstrieren die Gewerkschaften gegen die Allmacht der Banken, die, wie die Commerzbank bestimmen, wem sie Geld leihen, aber sonst an der Steuer vorbei Geld ins Ausland lenken.

■ Am 1. Mai 1996 ist auch der Entwurf eines neuen Aktionsprogrammes des DGB erschienen.

Dieses Programm enthält viele Anregungen, die leider nicht immer zum Handeln ausreichen.

■ Ab dem 1. Mai 1996 sollten wir um ein Programm streiten, das den Kolleginnen und Kollegen Mut macht, sich selbst einzusetzen.

Aufruf zur Kundgebung 1946.

Heinz-Hermann Maurer:

Kriege beenden, Gewalt verhüten, Frieden gestalten!

Hier Auszüge aus der Ansprache am 6. April 1996:

... wir in Deutschland sind mehr als 50 Jahre von Kriegen äußerlich verschont geblieben. Bei aller Dankbarkeit dafür will mir allerdings das Wort „Frieden" für diesen Zustand nur schwer über die Lippen. Dann was war das für ein Frieden, in dem beide deutsche Staaten fest im zwei einander gegenüberstehende waffenstarrende sogenannte Sicherheitssysteme eingebunden waren. So müsse es sein, sagte man uns. Es gehe um das Gleichgewicht, hieß es. Rüstung sichere den Frieden, sagte man. Atomare Aufrüstung schrecke den Gegner ab, sagte man.

Frieden also durch Gleichgewicht des Schreckens, durch Gleichgewicht der Angst. Durften wir uns mit diesem billigen, schäbigen Frieden zufriedengeben? Es war ein Frieden, dem man letztlich nicht traute. Aber wir kannten keinen anderen.

Hat nun das Ende der Ost-West-Konfrontation das Ende des kalten Krieges uns einen anderen Frieden beschert?

haben in den letzten Wochen in unserem Land schlimme Gewaltakte erlebt, verübt von kurdischen Mitbürgern, die der PKK angehören. Es ist keine Frage, daß wir diese Gewalttaten verurteilen und daß Bundesregierung und Landesregierung alle erforderlichen Maßnahmen treffen müssen, um Wiederholungen zu verhindern. Unsere Empörung darf uns aber nicht den Blick verstellen für die Situation des kurdischen Volkes in der Türkei, dem beharrlich seine elementarsten ethnischen Rechte vorenthalten werden. Der dort herrschende Kriegszustand hat sich entzündet an einer rigoros-nationalistischen Eintürkungspolitik, die mit unmenschlicher Verfolgung und Vertreibung unzähliger unschuldiger Menschen betrieben wird.

... verstehen wir tatsächlich unter Frieden, daß die Bundesregierung den Scheinfrieden von Dayton zum Anlaß nimmt, sich so schnell wie möglich der bosnischen Flüchtlinge wie lästigen Ballasts zu entledigen und sie einer rundum ungesicherten lebensgefährdenden Zukunft auszusetzen? Ist da Frieden, wo die Bundesregierung aus Rücksicht auf den politischen und wirtschaftlichen Zukunftspartner Kroatien einer EU-Entscheidung zustimmt, die Hans Koschnik sein Befriedigungskonzept für Mostar aus der Hand schlägt? Ist da Frieden, wo das Grundrecht auf Asyl pervertiert, in seiner von den Verfassungsvätern gewollten Substanz abgeschafft wird und Menschen, die bei uns Frieden zu finden hoffen, abgewiesen und der Gefahr von Verfolgung und Tod ausgesetzt werden?

Wenn der Frieden der Ernstfall ist, dürfen wir uns auch nicht einfach damit abfinden, daß die Pläne für den Euro-Fighter in ein bedrohliches Endstadium zu geraten scheinen. Aber es geht nicht allein um den Euro-Fighter; es geht darum, daß ungeachtet der veränderten Ost-West-Sicherheitslage in der Bundesrepublik in großem Umfange sowohl für die Bundeswehr als auch für den Export modernste Waffen produziert werden. Hier wird der Frieden um des Geschäftes willen verraten. Waffenarsenale, wo immer sie sich befinden, sind Pulverfässer. Und Funkenflug haben wir in der Welt mehr als genug.

... Sie alle kennen aus der Bibel die Geschichte von Kain und seinem Bruder Abel. Gott ruft: „Kain, wo ist dein Bruder Abel"? „Ich weiß nicht", hat Kain geantwortet, „bin ich für meinen Bruder verantwortlich"?

Eine empörende Antwort, aber eine Antwort, die wir in unserer Inaktivität gegenüber Unrecht, Gewalt, Unfrieden, die wir mit zu verantworten haben, dennoch täglich auch geben, indem wir uns mit den Verhältnissen, insbesondere mit dem lächerlichen, billigen, entsetzlichen Frieden den die Welt bietet, abfinden.

Hüten wir uns und hüten wir andere, daß wir und sie nicht schuldig werden an all den Menschen in unserer kleinen und der großen Welt, die durch unser Versagen, unsere Gleichgültigkeit keinen Frieden haben.

Ulrike Hauffe

Rede von Ulrike Hauffe in BAF Nr. 6

Grundgesetz (G.G. 9) Artikel 4 Absatz 3: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit Waffe gezwungen werden".



Denkblasenwanderung durch die Bremer Innenstadt

Mit einer „Denkblasen-Demonstration" protestiert die Bremer Aktionsgruppe der deutschen Friedensgesellschaft für den Erhalt der Meinungsfreiheit, wie sie in Artikel 5 unserer Verfassung festgeschrieben ist. Anlaß für die Demonstration sind die Diskussion um das Tucholsky-Wort „Soldaten sind Mörder" und das von CDU/CSU und FDP geplante Ehrenschutzgesetz. Dazu der Sprecher der Aktionsgruppe: „Wir wehren uns gegen Beglimpfung, Anglimpfung, oder weiß der Teufel – nicht Erwin Teufel !! – gegen die Verunglimpfung durch Herrn Justizminister Schmitz-Jortzig, der uns Pazifistinnen und Antimilitaristinnen mit Staatsfeinden gleichsetzt, weil wir die angeblich so tief in dieser Gesellschaft verwurzelte Bundeswehr ablehnen!"

Geht es nach den Regierungsparteien, so dürfen wir das Folgende nur noch denken: Deserteure sind keine Mörder – Ohrenschutz statt Ehrenschutz – Kasernen: Üben für's Massengrab – Soldaten sind bezahlte Killer – Soldaten sind mordsmäßig drauf – Nicht alle Soldaten sind Mörder/etliche sind mörderischer – Ein Soldat ist ein armer Tropf/hat ein Gewehr und nichts im Kopf – Wir grüßen die 161 000 Verweigerer – Bundeswehr/kein Feind/kein Ehr'/kein Ehrenschutz für Bundeswehr.

Rehabilitierung und Entschädigung für Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und „Wehrkraftzersetzer" unter dem NS-Regime

(Drucksachen 133/353 und 13/354) Öffentliche Anhörung am 29. November 1995

Schreiben vom 5.4.1996

An die Mitglieder des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages Bundeshaus 53113 BONN

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die oben angeführte Anhörung hatte zur Folge, daß die ganz große Mehrheit der in- und ausländischen Medien unsere pauschale Rehabilitierung und Entschädigung wünscht und fordert.

Dabei waren zum Zeitpunkt der Anhörung das für unser Anliegen bahnbrechende Urteil des Bundesgerichtshofs 5. (Berlin) Senat noch garnicht bekannt (AZ 5 StR 747/94 vom 16.11.1995, hier zitiert nach dem Originaltext). In diesem Urteil, in dem ein DDR-Richter wegen Mitwirkung an Todesurteilen zu 3 Jahren und 9 Monaten Haft verurteilt wurde, wird der NS-Justiz bescheinigt, daß sie weitaus schlimmer als die DDR-Justiz war. Dazu wörtlich auf Seite 44: „Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft hatte eine 'Perversion der Rechtsordnung'bewirkt, wie sie schlimmer kaum vorstellbar war... und die damalige Rechtsprechung ist angesichts exzessiver Verhängung von Todesstrafen nicht zu Unrecht oft als 'Blutjustiz'-bezeichnet worden".

Und auf Seite 45 heißt es: „Eine so vollständige Mißachtung der Ideen von Gerechtigkeit und Menschlichkeit, wie sie das Bild der NS-Justiz prägt, hat es in der DDR-Justiz (vielleicht abgesehen von Verfahren in den 'Waldheim-Prozessen') nicht gegeben".

An mehreren Stellen, insbesondere auf Seite 49, ergeht schwere Kritik an den Bundesgerichtshof, in dem NS-Richter Karriere machten, obwohl „eine Vielzahl ehemaliger NS-Richter strafrechtlich wegen Rechtsbeugung in Tateinheit mit Kapitalverbrechen (hätte) zur Verantwortung gezogen werden müssen".

Der Vorsitzende des 5. Strafsenats hat mir auf Anfrage bescheinigt, daß in dem BGH-Urteil die Kriegsgerichte und Kriegsrichter ausdrücklich mit gemeint sind (Anlage 1). Wie sollte es auch anders sein; haben doch die Kriegsgerichte weit mehr Todesurteile gefällt, als der Volksgerichtshof und alle Sondergerichte zusammen.

Vor diesem Hintergrund ist es zum einen sehr hart für uns, wenn die „Richter", die uns das angetan haben, in einem Beschluß des Deutschen Bundestages nicht verurteilt werden. Zum anderen ist es nach diesem BGH-Urteil noch weniger nachvollziehbar, wenn der Deutsche Bundestag zwar das SED-Unrecht der Waldheim-Prozesse per Gesetz aufgehoben hat (Anlage 2), aber die NS-Urteile in unserer Sache offenbar nicht förmlich aufgehoben werden sollen.

Da es sich in unserer Sache – wie die bisherige parlamentarische Diskussion zeigt – voraussichtlich leider nur um eine symbolische Unrechtserklärung des Bundestages handeln wird, so kann es für uns nur dann zu einer Rehabilitierung kommen, wenn wir Betroffene uns auch rehabilitiert fühlen.

Wir betroffenen Opfer der NS-Militärjustiz haben uns nach der Anhörung noch einmal zusammengefunden, obwohl die meisten von uns gebrechlich sind. Wir sind uns einig und möchten deshalb noch einmal nachdrücklich erklären: Nach einem Leben der Verfolgung und Erniedrigung werden wir uns nur dann rehabilitiert fühlen können, wenn der Deutsche Bundestag klar und deutlich beschließt: „Alle Urteile wegen Desertation, Wehrdienstverweigerung und 'Wehrkraftzersetzung' waren von Anfang an Unrecht".

Nur eine Entschließung dieses Inhalts wird unseren Toten und uns unsere Würde wiedergeben und nur dann werden wir unseren Kampf um Rehabilitierung und Entschädigung beenden können.

Mit freundlichen Grüßen

Ludwig Baumann, Vorsitzender

Zersetzer, Nobelpreis-Nominierung kontra „Ehrenschutz"

Die Nominierung des tapferen deutschen Wehrmachtsdeserteurs und Vorsitzenden der „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz" des Bremer Bürgers Ludwig Baumann, findet die uneingeschränkte Unterstützung der Antifaschisten, Pazifisten, engangierten Friedenskämpfern und Kriegdienstverweigerern.

Mit seiner Flucht bei Bordeaux 1942 aus den Reihen der blutbefleckten Wehrmacht, traf der Zwangsrekrutierte Baumann eine Entscheidung, in die er auch seine Ermordung einzubeziehen hatte.

Er wurde durch die kriminelle NS-Militärjustiz zum Tode verurteilt, das Urteil nicht vollstreckt, sondern einem Strafbatallion 500 überstellt. Gebrandmarkt sind deren Opfer bis heute. Über 40 000 Schandurteile wurden von dieser „Justiz" verhängt, über 20 000 davon ermordet. Diese Urteile gelten heute, 50 Jahre nach dem Staatlichen Faschismus, immer noch als Vorstrafe. Damit wird Rehabilitierung und Wiedergutmachung verhindert.

Deutschland, das in diesem Jahrhundert zwei verbrecherische Kriege initierte, 12 Jahre von dem verbrecherischten System der Menschheitsgeschichte regiert, wurde dieserhalb nur einmal für die Elite-Liste der Friedensnobelpreisträger für würdig befunden. Carl von Ossietzky, konsequenter Antimilitarist und Antifaschist, bekam am 23. November 1936 als Häftling im Emsland KZ-Lager Esterwegen, einem Lager, in dem die SS-Totenkopf-Standarte regierte, den internationalen Friedenspreis zuerkannt.

Heute, 60 Jahre danach, wäre die Zuerkennung dieses Preises für Ludwig Baumann eine weltweit wirkende Zurechtweisung und die Aburteilung gegen die Inszenierer eines Bundeswehr „Ehrenschutzes". Dagegen die Nobelauszeichnung ein Ehrenschutz besonderer Art:

Tausende Verweigerer waren und sind keine Mörder!

Georg Gumpert, sen.

Bremen 1946

Wie Bremen zerstört war, kann immer wieder in Bildern gesehen werden. Die Menschen, besonders die Kinder die in den Trümmern lebten, sind heute unbekannte Wesen.

Eine Untersuchung im Herbst 1945 ergab, daß 5 545 Kinder, gleich 7 % TBCkrank waren. Bei den Erstklässlern waren sogar 15,46 % von der TBC befallen.

Eine soziologische Studie im Jahre 1947 ergab:

28,5 % hatten keinen Mantel, 57 % hatten keinen Anzug und 87 % waren unzureichend mit Unterwäsche versorgt. 40 von 100 Kindern besaß kein eigenes Bett und jedes vierte Kind hatte seinen Vater im Krieg verloren.

Sondereingang zum Unrechtsdokumentenhaus

Die Kameraden unseres Landesverbandes im Bundesausschuß berichteten von der letzten Sitzung: Das Gelände um das Dokumentenhaus für die Internierten der Antihitlerkoalition wird vom Gelände der KZ-Ehrenstätte Buchenwald abgetrennt und bekommt einen eigenen Zugang. Damit hat die Protestbewegung einen Teilerfolg erzielt. Der Landesverband der VVN-BdA Bremen e. V. hatte seinerzeit ebenfalls einen gleichlautenden Brief an die Herren Dr. Volkhardt Knigge, Prof. Dr. Eberhardt Jäckel und Dr. Bernhard Vogel geschrieben. Hier einige Argumente aus dem Brief:

Um die Ziele der Antihitler-Koalition für ganz Deutschland:

Demilitarisierung, Denazifizierung, Demonopolisierung und Demokratisierung durchzusetzen, wurde in Potsdam beschlossen, alle nazistischen und militaristischen Führungskräfte und aller Personen, dei dem angestrebten Prozeß im Wege stehen, zu internieren.

In den drei Zonen, die von Großbritanien, USA und UdSSR verwaltet wurde, waren in 30 Lagern über 350.000 Personen interniert. Auch in den „westlichen" Lagern starben die Internierten in großer Zahl. Natürlich sind bei den Verhaftungen auch Unschuldige erfaßt worden. Auch Mitglieder der SPD. Herr Hupka war so lange SPD-Mitglied sogar des Bundestags, bis sein Parteivorsitzender und damaliger Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Mahnmal für die Opfer des Warschauer Ghettos niederkniete. Da trat Herr Hupka mit seinem Mandat in die CDU über.

Noch einen Punkt wollen wir zur Beachtung anführen:

Am 3. Oktober wurde zwei Staaten, BRD und DDR, per zwei-plus-vier-Vertrag zusammengeschlossen. Damit haben beide deutsche Staaten aufgehört zu existieren. Beide haben im geeinigten Land ihre Geschichte aufzuarbeiten. Die erstgeborene BRD hat ihre Geschichte aufzuarbeiten, wie die notwendigerweise nachgeborene DDR. Ende 1950 nahm sich der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, die Freiheit, Bundeskanzler Konrad Adenauer einen Brief zu schreiben. Mit diesem Brief wurde vorgeschlagen, Bildung eines gesamtdeutschen Rates, Wahl eines Parlamentes, Erstellung einer Verfassung, einer Regierung und eines Friedensvertrages. Bundeskanzler Konrad Adenauer antwortete ebenso frei: „No". Die Debatte um, diese Fragen erfolgte bis 1953. Am Abend der Wahl zum zweiten Bundestag im September 1953 verkündete der Bundeskanzler: „Nun sei es Zeit, nicht mehr von der Wiedervereinigung, sondern von der Befreiung des Ostens zu reden". Das war das Ende des friedlichen Dialoges.

Es begann die Aufrüstung in West und Ost. Es war aber auch die Fortsetzung der Verfolgung der Frauen und Männern in der BRD mit Blitzgesetz und Berufsverboten, sowie die Einbindung jener Kräfte, die 1945 interniert wurden, weil sie den vier „DS" (siehe oben) im Wege standen. Zahlenmäßig sah das so aus:

Seit 1945 wurden in der BRD rund 60.000 Verfahren gegen Verbrecher des Naziregimes durchgeführt, aber 89,7 Prozent wurden freigesprochen. Dagegen wurden seit 1951 bis 1971 in 200.000 Verfahren gegen 900.000 Antifaschisten und Demokraten 90 Prozent oft zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Der Landesvorstand hat den 3 Herren empfohlen, ehrlicherweise sollten sie ihre Dokumentation mit den Beschlüssen von Potsdam und des Europäischen Parlamentes beginnen, so würde jedem Besucher gleich deutlich, hier wird Unrecht dokumentiert.

Bremer Kurden feierten friedlich

Anfang April 1996 verkündete der Minister Kanther der Bundesregierung, die Verbote von 20 Vereinen der Kurden sind aufgehoben. Gleichzeitig wurde erklärt, die Entscheidung, ob legal oder illegal, darüber hätten jetzt die Länder zu entscheiden.

Damit gesteht die Kohl-Regierung den Fehlschlag ihrer Politik gegen die Kurden ein. Monatelang hat sie versucht das Klima zu vergiften durch Verbote von Kulturvereinen, Verhaftungen und auch unseres Kameraden Gerhard Düx. Dieser ist Mitglied im Ältestenrat des Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereines in Stuttgart. Überhaupt wurde im Vorfeld der Wahl in Baden-Würtemberg das Antikurden-Klima kräftig aufgeheizt.

Nicht nur dort, sondern in ganz Deutschland erklärten Kurdenvereine das Neujahrsfest friedlich zu begehen. Die Oberen im Lande Bremen nahmen die Erklärung ernst und erließen kein Verbot der Demonstration und Feiern. Bekanntlich gab es keine Störungen und die Polizei griff auch nicht gegen die Einzelpersonen ein, die sich zur PKK bekannten.

In ganz Deutschland gab es noch mehr friedliche Neujahrsfeste, obwohl die Medien es bevorzugten, nur die zu vermelden, die mit Polizeieingriffen durchgeführt werden mußten.

Die Bundesregierung beschloß daher die Verantwortung für den Umgang mit den Kurden der Hoheit der Länder anzuvertrauen. Damit bleibt aber der Umgang der türkischen Machthaber mit ihren Kurden trotzdem in der Verantwortung bei der Bundesregierung.

Die Dachverbände der Kurden, KOM KAR und YET ACHEM bitten die deutsche Bevölkerung, für ihre Anliegen Verständnis zu haben. Sie sollten nicht auf die von den Medien entfachte Hysterie reinfallen. Beide Dachverbände wollen die demokratischen Rechte in Deutschland erhalten und nicht zerstören. Die Erhaltung der demokratischen Rechte ist auch das Anliegen aller Antifaschisten.

Nicht vergessen

Der Wirtschaftsminister rügte seine Kollegin der Finanzen, weil sie nicht den Beschluß eingehalten hat, die Regierung in Bonn, bzw. der BvS die 850 Millionen an die Werften in Mecklenburg-Vorpommern zu zahlen.

Sie belastete die Schweriner Kasse mit über 200 Millionen. Herr Ringsdorf hat Recht, denn Bonn wie die Treuhand wußten vom ersten Tage an, die Verwendung der 850 Millionen waren vom Vulkan Verbund einer Fehlinvestition verwandt worden.

Auch die EU-Kommission war informiert. Die Kollegen der Vulkan hatten die Verantwortlichen erkannt. Sie ließen nämlich den Minister von Bonn, Rexrodt, nicht zu Worte kommen. Alle anderen Schuldzuweisungen sind Ablenkungen vom Problem.

Auch die Dresdener Bank, die in Bremen Bremer Bank heißt, erzielte 1995 einen Rekordgewinn von 1,2 Milliarden Überschuß Vorsteuern. Warum soll dann die Dresdener Bank eine Ausnahme sein?

Junge Menschen stellen die Frage:

Warum habt ihr die Nazis nicht an der Machtübernahme gehindert? Darauf finden sie von Adenauer bis zu Kohl keine klare Antwort. War das überhaupt möglich? Oh ja! Rechnet man die Stimmen der Arbeiterparteien, die Hitler nicht bei Wahlen wählten, mit den Millionen progressiver Christen zusammen, dann war es bei allen Unterschieden sicher, daß Hitler und sein Krieg verhindert worden wären. Was hätte das für die Menschheit bedeutet?

Die Antwort darauf findet man, wenn man ausrechnet, was diese Naziherrschaft mit dem zweiten Weltkrieg an Kosten verursachte. Die findet man beim Anrechnen aller Kosten die entstanden um den Krieg vorzubereiten, bis zum Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Städte und Betriebe. Das heißt: beginnend mit der Aus- und Aufrüstung der Nazi-Wehrmacht, dem Bau der Kasernen, dem Westwallbau, dem Aufbau der Rüstungsbetriebe zur Produktion der Panzer, der Bombenflugzeuge einschließlich allen Kriegsmaterialien. Und das nicht nur auf Seiten der „Achsenmächte" -Deutschland, Italien und Japan – zur Wehr zu setzen. Ganz zu schweigen von den weit über 50 Millionen Kriegstoten an den Fronten, so gut wie in den Heimatstädten während der Bombennächte, und zwar auf beiden Seiten der kriegsführenden Mächte.

Das alles hätte der Menschheit erspart werden können, wenn es gelungen wäre, bevor Hitler an die Macht geschoben wurde, in Deutschland eine antifaschistische Einheitsfront zu schaffen. Und zwar so, wie es im Saargebiet – leider zu spät gelang.

Mit diesen Kosten, die dieser zweite Weltkrieg, von Hitler und seinen Steigbügelhaltern gewollt, geplant und ausgelöst verursachte, hätten in der sogenannten „Dritten Welt" die wesentlichsten Probleme gelöst werden können.

In Europa und anderen Ländern, in denen dieser Krieg gewütet hatte, wäre der Wiederaufbau nicht notwendig gewesen. Die weit mehr als 10 Millionen Umsiedler- auch Flüchtlinge genannt, die auf Grund der Forderungen der durch die Wehrmacht überfallenen Länder und auf Beschluß des Potsdamer Abkommens, ihre Heimat verlassen mußten, wäre nicht notwendig geworden.

Wann werden Kohl, Kinkel und Rühe das erkennen und entsprechend Lehren daraus ziehen? Statt den „Weltmeister-Titel" im Welthandel mit Kriegswerkzeugen anzustreben, wäre es vernünftiger und würde dem Namen CDU/CSU besser anstehen, wenn sie von militärischen Einsätzen Abstand nähmen und den Menschen in der Welt, wo sie Waffen hinliefern, mit zivilen Produkten die dort gebraucht werden, den Weltmeister Titel anstreben. Nicht Bürgerkriege zu Kriegen, oder Kriege zu Bürgerkriegen entwickeln, sondern die Ursache beider Übel beseitigen.

Frieden schaffen ohne Waffen. Hunger stillen! Nicht Hungernde töten!

Das empfielt Alois

40 Mrd. für Eurofighter zahlen die Sozialempfänger

Mit Recht ist zu kritisieren, daß die Bundesregierung bei den Ausgaben für Verkehr und Rüstung nicht sparen will. Beim teuersten Rüstungsprojekt aller Zeiten, dem vom Jäger 90 über den Jäger 2000 zum Eurofighter mutierten Kampfflugzeug sieht die Rechnung so aus: Für ein Stück errechnet der Bundesrechnungshof 150 Millionen Mark. Militärs und Minister wollen 180 Kampfflugzeuge anschaffen. Mit 7,5 Milliarden für Planung und Entwicklung ergeben sich mindestens 30 Milliarden insgesamt.

Ein durchschnittlicher Arbeitsplatz für Betreuung und Pflege von Kindern, Alten und Kranken kostet im Jahr 100.000 Mark. Wenn Regierung und Parlament die richtigen Weichen stellen, könnten in Bildungs- und Sozialbereich für 10 Jahre 300.000 Arbeitsplätze entstehen.

Nur Bündnisgrüne und PDS haben sich eindeutig gegen den Eurofighter ausgesprochen, wie das Bremer Friedensforum durch eine Umfrage bei Bundestagsabgeordneten aller Parteien erfuhr, worüber die Bremer Tageszeitungen dankenswerter Weise am 2.4.96 informierten.

Ernst Busche

Erneuter Angriff auf die Finanzen

Die Telekom startet einen neuen Griff in unsere Finanzen, erst die Steigerungen im Telefonverkehr, jetzt sollen die Portokosten für Briefe und Pakete drastisch angehoben werden. Herr Postminister Bötsch hat bereits Zustimmung signalisiert. Da wir einen relativ großen Teil unserer Aktivitäten über die Post abwickeln müssen, wird uns eine solche Maßnahme wieder finanziell belasten.

Obwohl jeder Einzelne von uns ebenfalls davon betroffen wird, bitte ich als Landeskassierer weiterhin um Eure Spendenbereitschaft und mögliche Beitragsanhebung.

Für die bisherigen Spenden möchte ich hiermit auch meinen Dank aussprechen.

Euer Landeskassierer Friedel Becker.

Wer an einer Welt des Friedens und der Freiheit mitbauen will, wer sich aktiv gegen Neofaschismus, Rassismus und Krieg einsetzt, sollte Mitglied in der VVN-Bund der Antifaschisten werden.

☐ Ich möchte mehr über die VVN-Bund der Antifaschisten wissen.

☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.

☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

Mich interessieren vor allem folgende Schwerpunkte:

☐ Einwanderer und Flüchtlinge

☐ Neofaschismus

☐ Frieden

☐ Geschichtsforschung

☐ Erinnerungsarbeit

Name, Vorname ____________

Straße ____________

PLZ, Ort ____________

Telefon ____________

Geburtsdatum, Ort ____________

Beruf ____________

Bremen, den ____________

Unterschrift ____________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

Erste Volksfront 1936 in Spanien

In der April-Ausgabe berichteten wir über die Anerkennung der Interbrigadisten als Spanier mit allen Bürgerrechten. Dieser, am 18. Januar 1996 gefaßte Beschluß, knapp 3 Monate vor den Wahlen Anfang März dieses Jahres, sollte dazu führen, daß auch in Deutschland anerkannt wird, die deutschen Interbrigadisten haben in Spanien zum Wohle des deutschen Volkes gehandelt. (BEG) Hier noch einige Erinnerungen:

1931 fanden die ersten Wahlen in der jungen spanischen Republik statt. Weil die Linken nicht einer Meinung waren und nur eine kleine Splittergruppe der Anarchisten – die Syndikalisten – an der Wahl teilnahmen, so wurde der Erfolg im Kampf gegen die Monarchie verschenkt. Das Parlament und die Regierung mußten nach dem Willen der Frauen und Männer kapitulieren, die enttäuscht waren. Für die Neuwahlen im Februar 1936 hatten alle Linksparteien eine Volksfront beschlossen. Die Linksparteien und die Gewerkschaften hatten aus ihrer Niederlage 1934 und der Niederlage der Demokraten in Deutschland richtige Lehren gezogen. Das Volksfrontbündnis vom 15. Januar 1936 hatte sich auf ein Minimalprogramm geeinigt.

- Amnestie der über 30 000 Häftlinge
- Aufhebung der Urteile der letzten 2 Jahre
- Wiedereinstellung der Beamten und Arbeiter, die wegen ihrer demokratischen Einstellung entlassen worden sind
- Entschädigung aller Opfer
- Inkraftsetzung der demokratischen Verfassung.

Diesmal hatten die Anarchisten nicht zum Wahlboykott aufgerufen. Unterstützt von Mussolini und Hitler begann am 28. Juli 1936 der Putsch gegen die Volksfront-Regierung.

Zur gleichen Zeit fand in Barcelona die Olympiade des Arbeitersportes statt. Junge Sportler der Olympiade traten spontan in die Armee der Volksfront ein, die zum Teil aus der spanischen Armee und der vollständigen Marine, sowie Freiwilligen bestand. Nachdem die faschistischen Diktaturen Franco als rechtmäßige Regierung anerkannten, beschloß die Volksfront die Bildung von Internationalen Brigaden. Aus Deutschland kämpften 5 000 Antifaschisten an der Seite der Republikaner. Davon haben 3 000 ihr Leben gelassen.

Interessant sind die Bemühungen deutscher Politiker der BRD, sich mit dem Francoregime zu arrangieren. Noch interessanter und lehrreicher ist der Kampf der demokratischen Frauen und Männer gegen den Franco-Faschismus. Davon später mehr.



Stadtwerker beim 1. Mai-Umzug, Anfang der fünfziger Jahre – Die Mühen und Leistungen des Wiederaufbaus lassen die Frauen und Männer der „Stunde Null" vergessen, die im Gaswerk einen gewerkschaftlichen und politsischen Neuanfang versucht haben. Die Kollegen des ersten Nachkriegsbetriebsrates haben nicht nur eine konsequente Entnazifizierung betrieben, sondern auch die Debatten jener Zeit um eine demokratische Neuordn... in den Betrieb getragen. (aus: Arbeit im Gaswerk 1900 – 1965, Bremen 1986).

Das Wichtigste

Der Bremer Antifaschist,
Organ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Wir sind regelmäßig erreichbar:
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 BREMEN
Tel.: 04 21/38 29 14 · Fax: 04 21/38 29 18

Montag 16.00 – 19.00 Uhr
Donnerstag 15.00 – 18.00 Uhr

Dringend benötigt:
Spenden für unsere Arbeit

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 103 1913

Anmeldungen für alternative Stadtrundgänge auch direkt unter (04 21) 61 12 62

Mitgliederöffentlich tagt
montags von 18.00 – 19.00 Uhr
der Geschäftsführende Vorstand,

jeden 4. Montag im Monat
von 18.00 – 20.30 Uhr
der Landesvorstand

Redaktionsschluß: am 10. des Monats

V.i.S.d.P.:
Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Geburtstage im Mai 1996

Anny Meier	02.05., 81 J.
Werner Scholz	02.05., 48 J.
Margret Piosek	15.05., 70 J.
Klaus Hübotter	17.05., 66 J.
Peter Reichel	20.05., 59 J.
Renate Sonnenberg	21.05., 39 J.
Lore Köbler	23.05., 60 J.
Heinz Brüning	25.05., 65 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden

Der Landesvorstand